



Wertstoffgesetz intelligent ausgestalten – Keine Verstaatlichung der Produktverantwortung – Für eine ökologische und moderne Kreislaufwirtschaft!

Die Wirtschaft unterstützt die bisher unternommenen Schritte der Bundespolitik auf ihrem Weg zu einem Wertstoffgesetz, soweit keine kommunalen Eingriffe erfolgen.

Ein künftiges Wertstoffgesetz kann nur dann ökologisch, effizient und verbraucherfreundlich sein, wenn es auf den zentralen Säulen der heute praktizierten Produktverantwortung und des fairen Wettbewerbs aufbaut. Dadurch wird die ökologische und moderne Kreislaufwirtschaft gestärkt und ausgebaut.

Die Erfolge der in Deutschland seit Jahrzehnten privatwirtschaftlich umgesetzten Produktverantwortung dürfen nicht durch eine Verstaatlichung aufs Spiel gesetzt werden!

Aus folgenden Gründen ist es geboten, die privatwirtschaftliche Produktverantwortung zu erhalten und durch ein Wertstoffgesetz gezielt weiterzuentwickeln:

1.: Deutschland braucht Sekundärrohstoffe!

- Die Nutzung von Sekundärrohstoffen ist von zentraler Bedeutung für die Sicherung der Rohstoffversorgung Deutschlands. Durch Sekundärrohstoffe werden natürliche Ressourcen geschont, weniger Primärrohstoffe verbraucht, die Abhängigkeit von Importen verringert und mehr Treibhausgasemissionen eingespart.
- Die Politik muss geeignete Rahmenbedingungen schaffen, die zu einer Zielerreichung der Recyclingquoten führen, die den Einsatz von Sekundärrohstoffen fördern und die Wertschöpfungsketten am Standort Deutschland erhalten.
- Durch die verstärkte Nutzung von Wertstoffen, die beim privaten Endverbraucher anfallen, wird darüber hinaus die nachhaltige Kreislaufwirtschaft in Deutschland ausgebaut.

2.: Das Prinzip der Produktverantwortung funktioniert!

- Seit Jahrzehnten ist das Prinzip der Produktverantwortung der Hersteller und Vertreiber in Deutschland die Grundlage für die kosteneffiziente und zugleich ökologisch nachhaltige Sammlung, Sortierung und Verwertung von Wertstoffen.

- Die von Industrie und Handel umgesetzte Produktverantwortung bei Verpackungsabfällen ist in Deutschland ein Erfolgsmodell, das heute in vielen Ländern Vorbildfunktion hat.
- Damit ist es der Wirtschaft in Wahrnehmung ihrer Produktverantwortung nicht nur gelungen, einen Anfang der 1990er Jahre befürchteten Müllnotstand der Kommunen zu verhindern, sondern auch die Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu beseitigen. Durch die Herausnahme der Wertstoffe aus dem Restmüll wurden bei gesteigerter Verwertungsleistung nicht nur hohe Abfallgebühren vermieden, sondern die Systemkosten im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte halbiert. Sachliche Gründe für jegliche Form der Verstaatlichung oder Rekommunalisierung liegen nicht vor!

3.: Nur Wettbewerb garantiert Wirtschaftlichkeit und Innovation!

- Das auf der Produktverantwortung der Hersteller und Vertrieber basierende flächendeckende, bundesweite System, welches verbraucherfreundlich und akzeptiert ist und auf allen Stufen im Wettbewerb steht, gewährleistet beste ökologische wie wirtschaftliche Ergebnisse. Es ist die Voraussetzung dafür, dass Effizienzgewinne genutzt, Kosten minimiert und Innovationen vorangetrieben werden.
- Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass Wettbewerb auf allen Wertschöpfungsstufen zu ökologisch wirkungsvollen technischen Innovationen und zugleich zu kosteneffizienten Verfahren und Strukturen führt.
- Aus Sicht der Wirtschaft müssen auch zukünftig marktwirtschaftliche und wettbewerbliche Prinzipien auf allen Stufen der gesamten Prozesskette von der Erfassung über die Verwertung bis zum Wiedereinsatz gelten. Das unterstützt die Sicherung der Weltmarktstellung und des Technologievorsprungs deutscher Anbieter.
- Das in den dualen Systemen und den privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen auf allen Stufen vorhandene Knowhow und die erfolgreich etablierten Prozesse und Infrastrukturen müssen genutzt und erhalten werden. Eine Abschaffung der dualen Systeme, die zugleich eine Enteignung der Wirtschaft bedeuten würde, wäre ein fatales Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland.
- Kontraproduktiv sind Überlegungen, die den Kommunen weitgehende Durchgriffsrechte geben wollen. Denn bei einem kommunalen Modell würden die bisherigen Errungenschaften und die in den letzten 25 Jahren getätigten Investitionen zwangsläufig verloren gehen und die Kosten steigen.

Fazit: Keine Verstaatlichung der Produktverantwortung!

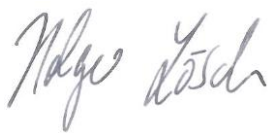
Wir als unterzeichnende Wirtschaft sehen mit jeder kommunalen Organisationsverantwortung der Wertstoffeffassung aufgrund des fehlenden Wettbewerbs höhere Kostenbelastungen für Unternehmen und Bürger einhergehen, bei einer gleichzeitigen Gefährdung der bisher erreichten ökologischen Erfolge.

Modelle zur Rekommunalisierung oder Verstaatlichung führen durch eine Umlegung der Kosten auf den Bürger letztlich zu einer reinen Abgabenslösung zur Finanzierung kommunaler Haushalte und degradieren die Produktverantwortlichen zu reinen „Zahlmeistern“ einer

verdeckten Steuer. Dies lehnen wir ab. Kommunale Finanznotstände dürfen nicht durch zusätzliche Müllgebühren zulasten der Bürger gelöst werden.

Ökologisch wird eine kommunale Organisationsverantwortung zu einem Rückschritt führen: Kommunen verfügen weder über entsprechende Organisations- oder Verwertungskompetenz noch haben sie ein eigenes Interesse an ambitionierten Verwertungsquoten oder an hohen Recyclingqualitäten, wie es Produktverantwortliche oder deren Dienstleister haben.

Kurzum: Jede Form eines politisch erzwungenen kommunalen Eingriffs in das privatwirtschaftliche System und den Wettbewerb führt in eine Sackgasse und würde eine Verstaatlichung und damit das Ende der erfolgreich umgesetzten privatwirtschaftlichen Produktverantwortung und der modernen Kreislaufwirtschaft bedeuten – hierfür steht die unterzeichnende Wirtschaft nicht zur Verfügung!



Holger Lösch
Mitglied der Hauptgeschäftsführung
BDI



Dr. Carl Dominik Klepper
Geschäftsführer
AGVU



Peter Kurth
Geschäftsführender Präsident
BDE



Peter Feller
Geschäftsführer
BVE



Stefan Genth
Hauptgeschäftsführer
HDE



Dr. Jürgen Bruder
Hauptgeschäftsführer
Industrievereinigung Kunststoffe



Christian Köhler
Hauptgeschäftsführer
Markenverband